

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung: Gesellschaft 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Der unsoziale Haushaltsplan.

Die Sozialdemokratie lehnt ihn ab. - Hilferding begründet. - Die Regierung schläft noch.

Der Reichstag, der gestern abend bis nach neun Uhr bei der Arbeit blieb, ist heute punkt zehn Uhr wieder wach. Aber die Regierung schläft noch. Als Genosse Hilferding zur dritten Lesung des Reichshaushalts das Wort nimmt, ist die Ministerbank leer. Nach einer Viertelstunde erscheint Braun, wieder nach einer Viertelstunde Köhler. Dann kommt lange nichts. Ganz am Schluss, als das Stichwort „Reichswehr“ fällt, tauchen feidgraue Vorposten auf. Richtig, nun kommt auch Gehler hereingetröpelt.

Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion würdigt inzwischen kritisch die Etats der einzelnen Minister. Es fällt der Name Curtius. Wo ist er denn? ruft es aus der Linken. Und man gibt sich selber die Antwort. Schläft noch. Schiele! Wo ist er denn? Schläft noch. Und so weiter nach der Rangordnung.

Den Herren, die nicht da waren, sei empfohlen, Hilferdings Rede wenigstens im stenographischen Protokoll nachzulesen. Sie können wirklich noch einiges aus ihr lernen. Diese Rede war politisch wichtig, weil sie für die Ablehnung des Etats durch die sozialdemokratische Fraktion die sachliche Begründung gab. Die Fraktion verwahrt sich gegen die Unterstellung, sie treibe eine Politik der bloßen Negation, sie stehe dem Staat, der heute trotz alledem eine Republik ist, und seinen Einrichtungen feindselig entgegen. Ihre Kampfansage richtet sich nicht gegen den Staat, desto schärfer aber gegen diejenigen, die ihn als Instrument einer Klassenherrschaft des Besitzes mißbrauchen. Dieser Gedankengang kommt in den scharfsinnigen, auf gehäufte Tatsachen gestützten Ausführungen des sozialdemokratischen Redners immer wieder ganz klar zum Ausdruck. Negativ sind sie nur in dem Sinne, daß sie den Partikularismus, die soziale Reaktion, die Hochschuladöllnerie entschieden ablehnen. Sie sind im besten Sinne des Wortes positiv, indem sie den Gedanken der Reichseinheit und des sozialen Fortschrittes in den Vordergrund stellen. In der Kritik der Bürgerblockparteien sind sie von schneidender Wirkung.

Hilferding schließt, indem er das Volk zu erneuter Entscheidung aufruft, unter stürmischem Beifall der Fraktion. Dann erhebt sich Genosse Hermann Müller, um gegen das ungehörige Verhalten der Regierung zu protestieren. Wenn die Minister jetzt für den Reichstag keine Zeit hätte, müge man doch bis 5 Uhr nachmittags vertagen. Aber der Bürgerblock legt auf die Anwesenheit seiner Regierung keinen Wert. Er beschließt, weiter zu tagen, und dann gibt der Kommunist Lorgler seinem Aerger darüber Ausdruck, daß die Sozialdemokraten in der Opposition sind. Wie mans macht, ist's verkehrt. Der Kommunist redet weiter und allmählich werden die Abgeordnetenbänke so leer, wie es vorher die Ministerbänke waren. Grauer parlamentarischer Akttag.

Amüsant wird es erst, als der Demokrat Dietrich-Baden erscheint, um Herrn Strefemann dem Janustöpsigen, die Parteipolitiker, die Staatsmann, einige niedliche Bosheiten zu sagen. Herr Bredts Ankündigung, daß auch die Wirtschaftspartei den Etat ablehnen werde, ist eine kleine Sensation.

Die unvermeidliche Revenlow-Rede, die dann folgt, ist das Gegenteil davon. Und gegen ein Uhr ist die allgemeine Aussprache beendet. Die Regierungsparteien haben geschwiegen, die Regierung hat geschwiegen. Wahrscheinlich das Beste, was sie in dieser Lage tun konnten!

Aber der Eindruck ist doch kläglich!

Dann berät man die Etats der einzelnen Ministerien und kommt zum Etat des Auswärtigen. Strefemann glänzt durch Abwesenheit. Nach einer Rede Stöckers beantragt Hermann Müller, den Reichsaußenminister herbeizurufen und die Sitzung zu unterbrechen, bis er da sei. Ministerialdirektor Schneider versichert, sein Chef sei schon unterwegs und müsse in zwei bis drei Minuten da sein.

Die Sitzung wird unterbrochen.

Trotzdem auf der heutigen Tagesordnung die dritte Lesung des Reichshaushalts steht, also dessen abschließende Beratung, ist das Haus beim Beginn der Sitzung besonders auf der Rechten schwach besetzt, von den Ministern ist zuerst überhaupt niemand zu sehen. Der erste Punkt wird schnell erledigt, es handelt sich um die Genehmigung zur Strafverfolgung eines Abgeordneten, die wie üblich verjagt wird. Dann kommt die dritte Lesung des Etats. Die größte Portel des Hauses, die Sozialdemokratie, stellt den ersten Redner.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.)

erinnert an die Annahme der Richtlinien und des Protokolls durch die Deutschnationalen, was die unbedingte Anerkennung der bisherigen Außenpolitik bedeutete, so wie sie feinerzeit begonnen von Wirth und Rathenau fortgesetzt und von Strefemann

weitergeführt wurde. Wir wußten allerdings schon seit Bocarno, daß diese Außenpolitik kein Hindernis für die Deutschnationalen sei.

Aber es war für uns eine Ueberraschung, daß die Deutschnationalen auch die republikanische Staatsform anerkannt hatten.

Es hat uns mit einer gewissen Genugtuung erfüllt, daß jene Männer die Republik anerkannten, die, vom Ausgang des Krieges erschüttert, einsehen, daß der Monarchismus unmöglich sei, weil er nur auf dem Wege des Bürgerkrieges wiederhergestellt werden könne. Aber es gab bei den Deutschnationalen auch andere Leute, bei denen die Sache anders lag.

Wir haben an die monarchistische Ueberzeugung des Grafen Westarp geglaubt und er muß doch wissen, daß die Anerkennung der Republik durch die Deutschnationalen der schwerste Schlag für den Monarchismus war, weil jetzt eine monarchistische Partei in Deutschland nicht mehr möglich ist. Das ist auch die Meinung der deutschen konservativen Partei, und es wäre für uns sehr interessant zu erfahren, ob Graf Westarp nach der Anerkennung der Richtlinien noch Mitglied dieser Partei ist. Gegenüber der Anerkennung der Republik von dieser Seite empfinden wir nicht die geringste Genugtuung. Ich erinnere, daß der Abg. Eberling noch nachher erklärt hat, er bleibe ein treuer Diener der Hohenzollern. Wenn wir auch an diese Treue nicht recht glauben,

so stellen wir doch fest, daß auf diese Weise von neuem die Unaufrichtigkeit in die deutsche Politik getragen wird und wir sind empört darüber, daß die große Arzvereinbarung zwischen republikanischer und monarchistischer Staatsform hinabgezerrt wird zu kleinlichen Parteimaneuvern.

Die Demokratie gibt dem Staatsbürger die Entscheidung über seine Angelegenheiten in die Hand, er kann sie aber nur entscheiden, wenn der von ihm Beauftragte ehrlich ist. (Sehr wahr! bei d. Soz.) Diese Unaufrichtigkeit, die die Deutschnationalen mit ihrer Erklärung wieder in die deutsche Politik hineingetragen haben, rechtfertigt es, daß wir dieser Regierung das denkbar schärfste Mißtrauen entgegenbringen.

Finanzausgleich und Einheitsstaat.

Dieses Mißtrauen wird gesteigert gegenüber dem von ihr eingebrachten Etat, denn hier erinnert man sich an das Wort, man soll ihr auf die Hände sehen und nicht aufs Maul. Dieser Etat empfängt sein Gepräge vom Finanzausgleich. Die frühere Entwicklung hat die Stärkung der Steuerhoheit des Reichs gegenüber den Ländern gebracht. So sehr wir der Politik des deutschnationalen Finanzministers Schlieffen kritisch gegenüberstanden, seine Finanzreform hat doch die Steuerhoheit des Reichs gestärkt. Diese Entwicklung ist auch von dem Finanzminister Reinhold nicht gestört worden. Jetzt aber ist der bisherige Weg verlassen worden, der uns vorgelegte provisorische Finanzausgleich bedeutet eine Verminderung der Steuerhoheit des Reichs,

er bedeutet die künftige Erhaltung der Kleinstaaterei.

Das Entscheidende dabei ist nicht einmal die Stärkung der Kleinsten Länder, sondern die Stärkung der Strömung in Bayern, die die Wiederherstellung des alten Staatswesens zum Ziele hat. Bayern erhält jährliche Subventionen zur Aufrechterhaltung seines übergroßen Staatsapparats in Höhe von 45 Millionen. Das haben Sie nicht (nach rechts) aus sachlichen Gründen getan, sondern weil die

Bayerische Volkspartei zum entscheidenden Faktor in der deutschen Politik geworden ist. (Sehr wahr bei d. Soz.) Wir werden aber auch der bayerischen Bevölkerung sagen, was das bedeutet. Durch die Vereinheitlichung des Steuerwesens und der Uebernahme der Steuerhoheit auf das Reich ist der kleine Bauer und Arbeiter bis zu einer gewissen Grenze freigesprochen. Die bayerische Bureaucratie will die Steuerhoheit zurückverlangen, um dann aufs neue die schwächsten Schichten der Bevölkerung aufs schwerste zu belasten.

Die Folge des Finanzausgleichs war das Auftreten des preussischen Ministerpräsidenten und des sächsischen Gesandten gegen Bayern. Wir stehen lothlich hinter der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten. Es geht nicht an, daß man die Forderungen Bayerns erfüllt, aber die Ansprüche Preußens auf die von ihm verlorene 3/4 Milliarden zurückweist. Als wir hier diesen Kampf der Länder untereinander sahen, haben wir bedauert, daß der Reichsinnenminister Reudell nicht auf keinem Plage saß. (Zuruf links: Er ist auch heute nicht da!) Er hätte dann die Politik noch deutlicher verstanden, die ihm Ansehen erteilt hat. Wenn sein Wort von der Souveränität der Länder wahr wäre, dann hätte er bald aufgehört Reichsminister zu sein.

Diese Vorgänge zeigen aber die Unmöglichkeit des heutigen Zustandes, sie beweisen, daß dieser Zustand gründlich durchpruft und abgeändert werden muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Vor dem Kriege war die wirkliche Macht in Deutschland bei Preußen. Heute haben sich diese Verhältnisse geändert, die Stellung Preußens gegenüber der Zentralgewalt im Reich ist stark geschwächt. Da aber Preußen die Mehrheit der Bevölkerung des Reichs umfaßt, so bedeutet das vom demokratischen Standpunkt aus gesehen ein Unrecht, das man an ganzen deutschen Volke begeht. Es bedeutet, daß die Stellung Preußens und des preussischen Volkes im Reich herabgemindert wird. Die Stellung Preußens im Reichsrat wird noch dadurch geschwächt, daß die Provinzialvertreter gegen ihre eigene Regierung stimmen können, wie das wiederholt in bedeutungsvollen Situationen geschehen ist. Das alles widerspricht nicht nur allen Grundsätzen der Demokratie, es bedeutet, daß die Majoritätsstellung des preussischen Volkes im Reich fast vernichtet wird. Das ist ein Zustand, der nicht länger fortdauern kann.

Wir müssen alles daran setzen, damit dieses unmögliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern geändert, daß endlich der deutsche Einheitsstaat hergestellt wird.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Welche Stellung aber nehmen Sie (zu den Deutschnationalen) zu dieser Frage ein? Sie sind es doch, die als führende Partei in dieser Regierung auftreten! Sie sind doch früher immer als Vertreter Preußens aufgetreten, heute aber entscheiden Sie gegen Preußen, heute haben Sie die preussischen Interessen vollständig preisgegeben, um ihrer selbstfüchtiger parteipolitischen Interessen willen.

Die Partei Drehscheibe.

Und nun die Deutsche Volkspartei: Wir haben hier große Löhne von Herrn Cremer gehört, er hat ein Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat abgelegt. Aber bei dieser Partei war es schon immer so:

Nach links wird geredet, nach rechts wird gehandelt.

(Sehr wahr! bei den Soz.)

Man hat von Ihnen gehört, daß man Ihnen das Kompromiß beim Finanzausgleich abgepreßt habe. Warum

Die Internationale gegen den Terror.

Protest gegen die litauische Unterdrückung. - Einsetzung einer Untersuchungskommission. - Mäifeiermanifest.

Paris, 5. April. (Eigener Drahtbericht.) Die gemeinsame Tagung der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Internationale vom Sonntag hat am Montag mit dem erweiterten Bureau der sozialistischen Internationale eine Sitzung von mehreren Stunden abgehalten. Der hauptsächlichste Inhalt der Beratungen bildete die endgültige Abfassung des Manifestes, das an die sozialistischen Internationale am 1. Mai d. J. gleichzeitig an alle Länder erlassen wird.

Die Diskussion befaßte sich dann weiter mit der Frage der politischen Verfolgungen von Sozialisten und Kommunisten in verschiedenen Ländern. Die Sekretäre der sozialistischen Parteien in Lettland, Estland und Finnland hatten an die Internationale ein Telegramm gerichtet, in dem sie die Aufmerksamkeit derselben auf die Lage in Litaunien lenkten, wo zahlreiche sozialistische Führer in einigen Tagen vor einem Kriegsgericht erscheinen werden. Das Bureau beschloß in einem Manifest, die Aufmerksamkeit Europas auf den Terror in Litaunien zu lenken und energig gegen dieses Vorgehen zu protestieren.

Weiterhin beschloß das Bureau einen neuen Protest dagegen zu erlassen, daß auch in Ungarn die Kommunisten vor Kriegsgerichte gebracht und wegen politischer Vergehen zu Kerker und zum Tode verurteilt werden. Im Anschluß daran beschloß das Bureau eine Untersuchungskommission über die politischen Verfolgungen in allen Ländern einzusetzen. Genosse Brouckère-Belgien und Crispian-Deusland sind beauftragt worden, die vorbereitenden Arbeiten für diese Kommission zu übernehmen. Sämtliche Korrespondenz darüber soll an das Sekretariat der Internationale nach Zürich adressiert werden, die sich

mit der technischen Vorbereitung für die Arbeiten der Konferenz befaßt.

Endlich wurde eine Resolution Renaudel über die allgemeine Abrüstung, auf Vorschlag von Wets, einer Kommission überwiesen, die in aller kürzester Zeit zusammenberufen werden soll.

Amerika entschließt sich zu einer Note.

Auch England und Japan reden mit Kanton diplomatisch.

London, 5. April. (W.B.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Der Wortlaut der amerikanischen Note, die der amerikanische Gesandte in Peking den kantonesischen Behörden zu überreichen beauftragt werden wird, ist jetzt nach Peking telegraphiert worden. Trotz einiger Änderungen wird die Note in allen wesentlichen Punkten mit dem Inhalt der britischen und japanischen Note übereinstimmen. Die drei Mächte werden also in der ersten Phase des diplomatischen Problems eine übereinstimmende und identische - wenn auch anscheinend nicht unbedingt gemeinsame Aktion - unternehmen.

In der weiteren und noch wichtigeren Frage von „Sanktionen“ scheint wenig, wenn überhaupt irgendein Fortschritt erzielt worden zu sein. Der Korrespondent schließt die Forderungen würden zwecklos sein, wenn sie nicht auf der festen Absicht beruhten, auf ihrer Durchführung zu bestehen. Aber es sei offenbar der Wunsch der amerikanischen Regierung, wenn möglich, auch nur den Anschein einer Einmischung in den chinesischen Bürgerkrieg zu vermeiden.

